

Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 214-2013
Vorstossart: Interpellation
Richtlinienmotion:
Geschäftsnummer: 2013.1147

Eingereicht am: 02.09.2013

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Zäch (Burgdorf, SP) (Sprecher/in)
Aeschlimann (Burgdorf, EVP)
Grimm (Burgdorf, glp)
Haldimann (Burgdorf, BDP)
Lüthi (Burgdorf, SP)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Ja
Dringlichkeit gewährt: Ja 05.09.2013

RRB-Nr.: vom 23.10.2013
Direktion: Gesundheits- und Fürsorgedirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat:



"Teures" Sparen bei der Spitex

Die öffentliche Spitex gilt als Erfolgsmodell. Sie ist Garantin für die bisher geltende kantonale Strategie «ambulant vor stationär». Ihre Angebote entlasten einerseits die Akutspitäler, indem diese die Patientinnen und Patienten früher nach Hause schicken können. Andererseits bietet sie älteren Menschen die Option, möglichst lang zu Hause zu bleiben. Ein kostengünstiges, bewährtes und gleichzeitig menschenfreundliches Modell!

Trotzdem muss die öffentliche Spitex nun innert kurzer Zeit ein zweites Mal einen erheblichen Beitrag ans Sparpaket des Kantons beitragen. In der ersten Runde waren es bereits 20 Mio. Franken. Jetzt folgt derselbe Betrag im aktuellen Sparpaket. Damit kann die öffentliche Spitex ihre Versorgungspflicht nicht mehr erfüllen.

Dieser Vorschlag überzeugt wenig und ist schlecht nachvollziehbar. Vor allem ist zu befürchten, dass der kurzfristige Spareffekt längerfristig zu erheblichen Mehrausgaben führen wird.

Wir danken für die umfassende Beantwortung der aufgeworfenen Fragen. Die öffentliche Spitex darf auf keinen Fall einer kurzfristigen Sparübung zum Opfer fallen. Dafür ist sie zu wertvoll, im wahrsten Sinne des Wortes.

Wir bitten deshalb den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Warum muss die Spitex alleine 20 Mio. Franken einsparen, obwohl im ASP-Bericht im gesamten Aufgabenfeld «Übriges Gesundheitswesen» lediglich ein Potenzial von 8 Mio. Franken erkannt worden ist?
2. Mit der ASP 2014 verliert die öffentliche Spitex ein zweites Mal rund 30 Prozent der bisherigen kantonalen Leistungszahlungen, während in den anderen Bereichen mit grösseren Abweichungen zum Benchmark deutlich weniger gespart wird. Steckt dahinter eine neue Strategie für die Spitex? Wenn ja, welche?
3. Wie garantiert die Regierung, dass die 20 Mio. Franken auch langfristig eingespart sind? Hat sie die Folgekosten dieser Sparrunde überprüft? Mit welchem Resultat?
4. Fallen die hauswirtschaftlichen und sozialbetreuerischen kantonalen Leistungen weg, muss die Spitex bei gleichem Angebot ihre Tarife deutlich erhöhen. Was geschieht mit der beträchtlichen Zahl von Betreuten, die bereits jetzt am Existenzminimum leben? Wie viele werden zusätzliche finanzielle Unterstützung (Ergänzungsleistung oder Sozialhilfe) beanspruchen müssen?
5. Bei dieser erneuten massiven Sparrunde besteht das Risiko, dass die bisherigen ambulanten Leistungserbringer die Verantwortung für Versorgungspflicht nicht mehr übernehmen können und ihren Leistungsvertrag kündigen. Welche Szenarien hat die Regierung für diesen Fall entwickelt? Wer schaut dann zu den betroffenen Patientinnen und Patienten? Wie wird die gesetzlich verankerte Versorgungspflicht gewährleistet?